



Studentenrat der TU Dresden  
Geschäftsführer Hochschulpolitik  
Jan-Malte Jacobsen  
hopo@stura.tu-dresden.de

## PRESSEMITTEILUNG

### Hochschulen unter Zugzwang

Dresden, 19.12.2016

#### Weniger Studenten für eine bessere Lehrqualität?

Der Studentenrat der Technischen Universität Dresden steht den heute unterzeichneten Ziel- und Zuschussvereinbarungen mit gemischten Gefühlen gegenüber.

„Zwar ist die langfristige Planungssicherheit und der Stopp des Stellenabbaus eine positive Entwicklung. Dass dies aber nur unter den von der Regierung vorgegebenen Bedingungen geschieht, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack.“, so Marius Walther, Geschäftsführer Öffentlichkeitsarbeit des StuRa TU Dresden.

Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels über die künstliche Absenkung der Studentenzahlen an den sächsischen Hochschulen kann nur bei massiven Beschränkungen der Zulassungen zum Studium funktionieren. Da allerdings das Betreuungsverhältnis nicht allein ausschlaggebend für hohe Lehrqualität ist, muss langfristig eine Erhöhung der Grundfinanzierung stattfinden, wenn die TU Dresden im nationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben will.

Auch der Wegfall der juristischen Studiengänge ist aus Sicht des StuRa ein folgenschwerer Fehler. Dadurch wird nicht nur der wissenschaftliche Austausch in Sachsen zerstört, auch schwächt diese Entscheidung die Vielfalt und Interdisziplinarität der TU Dresden. „Es ist fraglich, ob die Konzentration der juristischen Ausbildung in Leipzig tatsächlich den Bedarf an Juristen des Freistaates erfüllen kann. Eine Wiederaufnahme des Staatsexamens an der TU Dresden wäre aus unserer Sicht zielführender gewesen. Hier hätte die Universitätsleitung sich stärker für den Erhalt beziehungsweise den Ausbau der Lehre an der TU Dresden einsetzen müssen!“, so Jan-Malte Jacobsen, Geschäftsführer für Hochschulpolitik des StuRa TU Dresden.

Die bereits beschlossenen 754 Stellenkürzungen in ganz Sachsen hätten den Hochschulen erheblichen Schaden zugefügt und konnten somit als Druckmittel verwendet werden.

„Für uns ist die viel gepriesene Augenhöhe bei den Verhandlungen nicht erkennbar. Vielmehr wurde hier von Seiten des Freistaates mit der Pistole auf der Brust der Hochschulen ein Dokument geschrieben, welches dann nur pro Forma von den Hochschulen bestätigt wurde.“, so Jacobsen abschließend.

Für weitere Fragen steht Ihnen Herr Jan-Malte Jacobsen, Geschäftsführer Hochschulpolitik, unter 0151 24030108 jederzeit zur Verfügung.